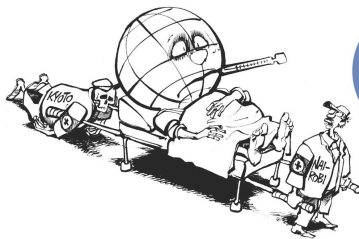


Herbert Fuehr

# ERZWUNGENE EINSICHTEN

Eine Chronik zu vier  
Jahrzehnten Umweltpolitik



Mit  
Karikaturen  
von Horst  
Haitzinger

 oekom

Herbert Fuehr

## Erzwungene Einsichten

Eine Chronik zu vier Jahrzehnten Umweltpolitik

ISBN 978-3-96238-023-6

144 Seiten, 14,8 x 21 cm, 19,00 Euro

oekom verlag, München 2017

©oekom verlag 2017

[www.oekom.de](http://www.oekom.de)

# Energiepolitik

Ohne Atomstrom gehen die Lichter aus« – diese Warnung des damaligen Forschungsministers Hans Matthöfer (SPD) aus dem Jahr 1977 entbehrte zwar jeder Grundlage, begleitete aber noch viele Jahre die Energiedebatte. Sie musste immer wieder herhalten, wenn der Bau eines Atomkraftwerks gefordert oder der Betrieb eines bestehenden gerechtfertigt und verlängert werden sollte.

Die Energieversorgungsunternehmen diktierten den energiepolitischen Kurs: Vorrang für Strom und damit Kohle (die dann auch in der Klima-Debatte eine entscheidende Rolle spielte) und vor allem Atom.

Zwar gab es damals schon Experten, die mehr Energieeffizienz und eine Verstärkung der »sanften« Energieträger forderten, auch von »rationeller Energieverwendung als Ressource« war die Rede; zugleich wuchs der Widerstand in der Bevölkerung gegen das Atom. Doch vermeintliche »Sachzwänge« waren stärker. Sachverständige der Elektrizitätswirtschaft rechneten 1977 aus, dass Deutschland bis zum Jahr 2000 bis zu 130 000 Megawatt Atomkraftwerks-Leistung braucht, das entspricht mehr als 100 Atomkraftwerken, dazu noch Reaktoren vom Typ »Schneller Brüter«, die mehr Brennstoff (Plutonium) erzeugen als sie selbst verbrauchen.

Der tatsächliche Ausbau war dann moderater, dennoch entstanden Strom-Überkapazitäten – die Erzeuger reagierten mit

Kampagnen, die den Verbrauch ankurbeln sollten («Strom kommt sowieso ins Haus, nutz' das aus»). Doch der Widerstand wuchs, und in Deutschland wurde die Auseinandersetzung um die Entsorgung zu dessen Symbol: Im niedersächsischen Gorleben sollte erst ein nukleares Entsorgungszentrum entstehen, dann nur noch ein atomares Endlager für hochradioaktive Abfälle. Aber auch daraus wurde bis heute nichts. Gorleben wurde vor allem durch massive Protestaktionen von Atomkraftgegnern bekannt. Ebenfalls heftig umstritten war die Wiederaufarbeitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf, die schließlich zur teuren Pleite wurde. Der Skandal um die Brennelemente-Firma Nukem und ihre Tochter Transnuklear beschädigte zusätzlich das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der deutschen Atomwirtschaft. Dann scheiterte 1991 auch noch der »Schnelle Brüter« in Kalkar, der aus Plutonium neuen Reaktorbrennstoff erzeugen sollte.

Schwere Störfälle in Harrisburg (1979) und Tschernobyl (1986) verstärkten die Zweifel. Aber erst die erste rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) und mit Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) beschloss 2000 nach heftigen Debatten im umstrittenen Atomkonsens mit der Wirtschaft einen etwas beschleunigten Ausstieg. 2010 aber vollzog die schwarz-gelbe Regierung Merkel (CDU) eine Kehrtwende und verlängerte die Reaktor-Laufzeit um bis zu 14 Jahre. Die Katastrophe von Fukushima (2011) bedeutete dann endgültig den Ausstieg in Deutschland und den Kurs auf die Energiewende. Der letzte Reaktor soll 2022 vom Netz gehen. Im Verlauf dieser Entwicklung wurde zugleich die riskante Abhängigkeit vom Öl immer deutlicher. Bis zum schweren Unfall auf der Bohrinself »Deepwater Horizon« im Jahr 2010 und darüber hinaus änderte sich am zu großen Öldurst aber nichts.

## Die Kernfrage

### Zweifel an der Kernkraft

*Auch ohne Reaktoren  
gehen die Lichter nicht aus*

**25.04.1979**

Als der Bundeshauptausschuss der FDP im Juni 1977 einen vorläufigen Bau- und Betriebsstopp für alle deutschen Kernkraftwerke forderte, entwickelte das Deutsche Atomforum sogleich wahrhaft apokalyptische Visionen: Sollte dieses Moratorium von längerer Dauer sein, so folgerte die Interessenvertretung der Energie- und Reaktorwirtschaft, müsse man bis 1995 im günstigsten Fall mit drei Millionen, im schlimmsten mit acht Millionen zusätzlichen Arbeitslosen rechnen. Das Atomforum meldete deshalb Zweifel an, »ob unser marktwirtschaftliches und politisches System eine solche ... Krise überstehen« könne.

Zum Moratorium kam es bekanntlich nicht. Aber jetzt hat der Schock nach dem Reaktor-Störfall von Harrisburg erneut die Frage aufgeworfen, ob die Kernenergie in der Bundesrepublik wirklich unverzichtbar sei und was passiere, wenn künftig kein Atomstrom mehr zur Verfügung stehe.

Man weiß inzwischen, daß auch ohne die Reaktoren die Lichter nicht ausgehen werden, doch im Grunde geben die offiziellen Daten der Energieversorger dem Atomforum recht: Nur mit Kernkraft, so errechneten wirtschaftswissenschaftliche Institute, ließen sich Wachstum und Wohlstand in den nächsten

Jahrzehnten erhalten. Gerade das aber wird zunehmend nicht nur von Umweltschützern, sondern auch von anderen Wissenschaftlern bezweifelt.

Dazu zunächst ein paar wichtige Zahlen: Bis 1985 müßten die Kernkraftwerke nach dem Bonner Energieprogramm einen Anteil von 30 Prozent erreichen, weil nur mit zusätzlichen rund 16 000 Megawatt (MW) Leistung der wachsende Strombedarf gedeckt werden könne. Dazu wären 12 neue Reaktoren des Biblis-Typs (1 300 MW) erforderlich.

Sollte dies nicht erreicht werden, wären – den Angaben der Bundesregierung zufolge – schon Anfang der 80er Jahre erste Konsequenzen zu spüren: Der Spitzenbedarf könnte nicht mehr gedeckt werden, das wirtschaftliche Wachstum müßte zurückgehen, die Quote der Arbeitslosigkeit auf acht Prozent steigen.

Doch in dieser Rechnung sind gleich mehrere wichtige Faktoren nicht berücksichtigt. Zunächst einmal ist Wachstum nicht untrennbar mit höherem Stromverbrauch gekoppelt. Die USA, im Umgang mit Öl gewiß verschwenderisch, haben gezeigt, daß Unternehmen auch dann mehr produzieren können, wenn sie Elektrizität einsparen, d. h. rationeller verwenden. Ähnliches wäre auch in der Bundesrepublik denkbar. Beispielsweise ist die Chlorherstellung nur deshalb so stromintensiv, weil Chemiewerke Elektrizität ganz billig bekommen. Es gibt aber schon effizientere Verfahren.

Auch in Haushalten ließe sich sparen, nur fehlt oft der Anreiz, weil die Versorgungsunternehmen die Verschwendung durch günstige Tarife geradezu fördern. Das Institut für Systemforschung in Hannover hat errechnet, daß selbst dann, wenn keine weiteren Reaktoren und konventionellen Kraftwerke gebaut würden, in den kommenden Jahren allenfalls die Überkapazitäten verschwänden, niemals aber die propagierte Stromversorgungslücke einträte.

Das alles führt zu dem Ergebnis, dass die Bonner Zahlen – eine Fortschreibung des bisherigen Trends, der schon mehrmals nach unten korrigiert werden musste – zu hoch gegriffen sind und der Zuwachs des Stromverbrauchs bis 1985 nur ein Fünftel dessen beträgt, was die Regierung errechnete. Es ist fraglich, ob dieser reduzierte Mehrbedarf wirklich nur mit der Kernkraft gedeckt werden kann und ob Politiker deshalb heute Risiken in Kauf nehmen können, die noch viele nachfolgenden Generationen belasten.

## Wege zur neuen Energiepolitik

*Alternative Technologien  
erzielen einen hohen Spareffekt*

**23. 07. 1979**

Im Herbst will die Bundesregierung konkrete Vorschläge zum Energiesparen vorlegen. Sie werden, das läßt sich heute schon sagen, nicht einschneidend sein. Zum einen will man angesichts des herannahenden Wahljahrs dem Bürger, der durch drastische Öl- und Benzinverteuerungen ohnehin genug gebeutelt wird, nicht noch mehr zumuten. Zum anderen aber scheinen die Regierungsparteien – wie übrigens auch die Opposition – dem Sparen als Energiequelle und den sogenannten Alternativen nicht viel zutrauen.

Unverändert gehen sie von Zuwachsraten des Energieverbrauchs aus, die nur unwesentlich unter denen des Wirtschaftswachstums liegen, und überlegen dann, wie dieser Bedarf durch neue großtechnische Anlagen gedeckt werden könnte: durch mehr Kohle- und Kernkraftwerke, durch die Verflüssigung von Kohle und deren Umwandlung in Gas. Zweifel an diesem Konzept sind angebracht. Nicht wenige Wissenschaftler halten die

angepeilt Strategien für eine Fortsetzung der bisherigen Energieverschwendung mit anderen Mitteln.

Dazu ein Beispiel: Ein Kraftwerk wandelt nur gut ein Drittel der eingesetzten Energie in Strom um. Der Rest ist Abwärme und belastet die Umwelt. Nach Berechnungen des Instituts für Systemforschung und Prognose reicht diese Abwärme theoretisch aus, um eine mittlere Kleinstadt mit Heizkraft zu versorgen. In der Praxis ist das bei Kernkraftwerken unmöglich, weil sie abseits von Wohngebieten stehen und deshalb lange und sündhaft teure Rohrsysteme nötig wären, um die Wärme in die Häuser zu bringen.

Sparen könnte aber auch bedeuten, nicht erst beim Verbraucher anzusetzen, sondern von Anfang an Energiequellen rationeller zu verwenden. So ließen sich beispielsweise im Bereich der Niedertemperaturwärme, zu der Heizung und Warmwasser gehören, weit mehr als bisher regenerative Ressourcen verwenden, etwa Solarkollektoren, die Sonnenstrahlen in Wärme umsetzen, oder Wärmepumpen, die nach dem umgekehrten Kühltankprinzip der Umgebungstemperatur die nötige Heizkraft entziehen. Ein privater Haushalt könnte dadurch fast die Hälfte seines Ölverbrauchs einsparen. Das wäre dank Sonnenkraft auch bei Behördengebäuden und Fabriken möglich.

Ein weiterer Punkt rationeller Energiegewinnung wäre die Kraft-Wärme-Kopplung. Dahinter verbirgt sich das Prinzip, die bei der Stromerzeugung anfallende Restwärme sinnvoll für Heizzwecke zu nutzen. Bei Großkraftwerken ist dies nicht oder nur unter erheblichen Kosten möglich, bei kleinen Blockheizkraftwerken dagegen, die in Verbrauchsnähe platziert sind, leicht zu verwirklichen.

Selbst bei vorsichtiger Beurteilung könnten Sparen und rationellere Energieverwendung bis 1985 mehr leisten als die bis zu diesem Zeitpunkt vorgesehenen Kernkraftwerke. Entschei-

dend ist aber auch, dass alternative Strategien ein Versuch sind, die Bundesrepublik weniger abhängig von Energieimporten zu machen und von Großtechnologien, die nicht nur anfällig sind, sondern auch auf die Verschwendung von Ressourcen bauen und hohe Investitionen zur Beseitigung von Umweltschäden erfordern.

## **An erster Stelle der Gewinn**

*Energiewirtschaftsgesetz  
sichert das Monopol der Stromversorger*

**06.06.1986**

Ob Ausstieg oder auch nur Einstieg in den Ausstieg: Jeder Versuch, die Kernenergie verzichtbar zu machen, hat sich nicht nur an der technischen, wirtschaftlichen, ökologischen, politischen und sozialen Machbarkeit messen zu lassen, er muss auch eine weitere hohe Hürde überwinden: Wie die Energieversorgung hierzulande aussieht, das bestimmen allemal die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU), und die haben mehrfach deutlich gemacht, daß mit ihnen ein Kurswechsel nicht zu machen ist.

Die acht großen Gesellschaften haben sich unter Führung der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke zu einem mächtigen Kartell zusammengeschlossen und die Versorgung der Bundesrepublik unter sich aufgeteilt, sie verfügen allein über die Hochspannungsleitungen und damit über das Verbundnetz – und diese unangreifbare Position ist auch rechtlich abgesichert.

Die Aktivitäten der EVU, die uns Überkapazitäten von fast 40 Prozent bescheren, stützen sich auf das Energiewirtschaftsgesetz. Es wurde in der Nazi-Zeit in Kraft gesetzt und nach dem Krieg mit geringfügigen redaktionellen Änderungen übernom-





»... du sollst keine anderen Anbieter haben neben uns!«

(November 2007)

men. Aber auch wenn es die braunen Machthaber als Mittel zum »Aufbau der Kriegswirtschaft« und zur »Verhinderung des volkswirtschaftlich schädlichen Wettbewerbs« feierten, ist es kein typisches Nazi-Gesetz. Ähnliche Bestimmungen gab es schon vor 1933 in den Ländern, und sie dienten auch einem sozialen Zweck: Die Stromversorgung wurde Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und sollte nicht einem ruinösen Wettbewerb ausgesetzt sein, der nur dazu geführt hätte, daß nur solche

Gebiete versorgt wurden, in denen Erzeugergewinne heraus-sprangen.

Das war aus damaliger Sicht und beim Wiederaufbau durchaus berechtigt. Es ist auch nicht grundsätzlich falsch, daß die Versorgung mit elementaren Gütern wie Wasser, Gas und Strom ebenso wie die Entsorgung als öffentliche Aufgabe begriffen wird. Nur sind die EVU dank des Energiewirtschaftsgesetzes mittlerweile zu Monopolisten geworden, bei denen die Gewinne doch die Versorgungsstrategie diktieren. Die Profitorientierung verstellt den Blick auf energiepolitische Notwendigkeiten. Deshalb auch das Beharren auf dem Ausbau der Kernenergie. Atomstrom ist in der betriebswirtschaftlichen Rechnung billiger als Strom aus Kohle, Öl oder Gas. Die Zeche (für die hohen Überkapazitäten) hat der Verbraucher zu zahlen.

Dabei haben die EVU ursprünglich von der Nutzung der Kernspaltung gar nichts wissen wollen. Ihnen war in den 50ern und Anfang der 60er das finanzielle Risiko einfach zu groß. Die zögernde Haltung zahlte sich aus: Die damalige Bundesregierung, vom Segen der Kernenergie überzeugt, übernahm den Löwenanteil der Entwicklungs- und Baukosten. Auch spätere Kabinette zeigten sich nicht kleinlich. [...] Kein Wunder, daß Atomstrom »billig« ist. Bei sanften Energien zeigt sich der Staat viel knausriger.

16.06.2000

## Ausstieg – und dann?

*Partei- und energiepolitische Fragen zum Konsens*

Man kann es ruhig einen historischen Tag nennen. Erstmals erklärt die Bundesrepublik den definitiven Verzicht auf eine Energiequelle. Und zwar auf eine, die, obgleich umstritten wie keine andere, einen entscheidenden Beitrag zur Versorgung geleistet hat und weiter leistet. Aber nun ist, was lange Zeit niemand für möglich gehalten hatte, das Ende der Atomenergie-Nutzung absehbar und verbindlich niedergelegt. Diese Leistung wird selbst von Skeptikern anerkannt.

Es wird ein Abschied in Raten sein, was enttäuschte Reaktionen bei den Umweltschützern ausgelöst hat und hektische Aktivität in Unionsreihen, dort, wo der Ausstieg als ökologischer und ökonomischer Frevel gilt und der 15. Juni künftig als »schwarzer Tag« in den Kalender eingetragen wird. Doch die Energieversorgungsunternehmen brauchen keine Nachhilfe der CSU. Die Konzerne haben längst nachgerechnet und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass sie mit diesem Konzept gut fahren: Alte, unrentable Reaktoren werden aus der Versorgung herausgenommen, neuere, profitable dürfen dafür noch gut 20 Jahre laufen.

Ihr Betrieb wird dank des Ausstiegskonzepts ungestört wie nie zuvor sein: Keine neuen Sicherheitsauflagen, keine steuerlichen Daumenschrauben, keine »einseitige Diskriminierung«. Mit dieser Zusicherung in der Tasche ist die Stromwirtschaft vor Überraschungen sicher. Das erklärt den Zorn mancher Atomgegner, die lieber heute als morgen mit der Kernkraft-Nutzung Schluss gemacht hätten und nun sogar noch gut 20 Jahre warten müssen, ehe kein deutscher (!) Atomstrom mehr produziert wird.

Das werden vor allem die Grünen zu spüren bekommen. Die Öko-Partei hat zwar nun ein Wahlversprechen eingelöst – aber ganz anders, als sie sich das vorgestellt hatte. Abermals beugte sie sich den »Sachzwängen« und gab sich lieber mit einem bescheidenen Einstieg in den Ausstieg zufrieden, statt (vermutlich erfolglos) Vorstellungen von einer raschen Energiewende hinterherzujagen. Dem Fundi-Flügel reicht das nicht: Lieber kein Konsens als ein solcher, lieber ein Ausstieg aus der Koalition als solch ein Atom-Ausstieg. Glücklicherweise ist auch die Mehrheit der Befürworter nicht. Umso fester klammern sie sich nun an die Feststellung, dass der Durchbruch gelungen sei und die SPD allein noch nicht einmal das geschafft hätte.

Viel wird nun davon abhängen, ob es jenseits aller parteipolitischen Verwicklungen gelingt, die energiepolitische Bedeutung der Vereinbarung deutlich zu machen. Wenn es nur dazu kommt, dass die Versorgungsunternehmen deutsche Reaktoren abschalten und dafür auf dem liberalisierten Markt billigen ausländischen Atomstrom zukaufen, wäre nichts gewonnen – im Gegenteil, man wäre von weniger sicheren Reaktoren abhängig. Nun muss der Einstieg in eine ökologisch orientierte Energiewende kommen. Die zeitlichen Perspektiven sind jetzt klar und überschaubar.

Das ist die Chance für effizientere Energienutzung, für den Ausbau regenerativer Quellen wie Sonne, Wind und Biomasse sowie für verstärkte Sparanstrengungen – und für ihre Förderung. Mit dem Gesetz über Erneuerbare Energien wurde bereits ein Anfang gemacht. Das kann auch für die Energieversorger und für andere Unternehmen der Branche zu einem zukunfts-trächtigen Geschäft werden.

06.08.2004

## Energie ist uns teuer

*Abhängigkeit vom Öl und mögliche Konsequenzen*

Was auch immer hinter den jüngsten Terrorwarnungen steckt – die ohnehin angespannten Ölmärkte jedenfalls haben empfindlich reagiert. Die Preisspirale dreht sich noch ein bisschen schneller nach oben. Die Weltwirtschaft ist äußerst verwundbar geworden, doch direkte Gefahren scheinen vorerst gebannt.

Aber eine Entwarnung wird es so schnell nicht geben. Betrachten wir nur einmal die Entwicklung der Energiepreise in Deutschland. Auf die Verbraucher kommt eine Teuerungswelle zu, die letztlich auch die erwartete Konsumbelebung wieder dämpfen könnte. Wenn die Haushalte mehr Geld für Benzin, Heizöl und Strom ausgeben müssen, zieht das Nachfrage von Konsumgütern ab und macht beispielsweise die Mobilität teurer.

Wobei in der Teuerungswelle die Elektrizität ein Sonderfall ist. Dass der Strompreis heute höher ist als vor der einst so gepriesenen Liberalisierung, liegt daran, dass die Freigabe des Markts nicht die Konkurrenz, sondern die Konzentration belebte und vier Großkonzerne 80 Prozent des Markts beherrschen. Vor allem beim Ölpreis haben die jüngsten politischen Entwicklungen gezeigt, wie abhängig die Volkswirtschaften weltweit von der Verfügbarkeit fossiler Energieträger sind. Noch.

Öl steht nicht unbegrenzt zur Verfügung. Auch wenn auf der Erde noch bislang unbekanntes Vorkommen entdeckt und erschlossen werden sollten, wird der – durch fortschreitende Industrialisierung und Bevölkerungsexplosion – wachsende Energiebedarf dafür sorgen, dass sie schnell ausgebeutet sind und das knapper werdende Schwarze Gold teuer bleibt.

Noch eines kommt hinzu: Auch aus ökologischen Gründen (Treibhauseffekt! Klimawandel!) ist eine Wende weg vom Öl



*Gruß aus Bonn*

(Juni 2004)

notwendig. Doch dieser Aspekt geht meist unter, wenn von der gefährdeten Konjunktur die Rede ist. Denn »Öko« (in diesem Fall die erneuerbaren Energiequellen) hat in weiten Politik- und Wirtschaftskreisen immer noch den schalen Beigeschmack, eine Wachstumsbremse zu sein.

Aus dieser Ecke kommen auch regelmäßig Vorstöße, den von Rot-Grün mit der Stromwirtschaft vereinbarten Ausstieg aus der Atomenergie wieder zu kippen. Meist führen Politiker der Unionsparteien das große Wort und verlangen wie Angela Merkel und Roland Koch sogar den Neubau von Reaktoren. Sie

müssen ihn ja auch nicht bezahlen. Den Stromkonzernen jedenfalls sind, da die üppige Subventionierung wegfiel, neue Atommeiler zu teuer.

Unerschöpflich und umweltfreundlich zugleich sind allein Sonne, Wasser, Wind, Biomasse und alle Techniken, mit denen Energie besser genutzt und eingespart werden kann. Weil die Geldquellen erschöpft sind, muss man sich entscheiden, ob diese Quellen oder die Atomkraft zur wichtigen Säule der Energieversorgung ausgebaut werden sollen.

26.04.2006

## In der Sackgasse

*Tschernobyl mahnt:  
Kein Ausstieg vom Ausstieg*

Ist es übertrieben, wenn in diesen Tagen so ausführlich an die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl erinnert wird, obwohl sie nun schon 20 Jahre zurückliegt? Sicher nicht. Der 26. April 1986 war nicht nur für die Sowjetunion – wo er an den letzten Bastionen der Staatsmacht rüttelte – von großer Bedeutung, sondern zwang weltweit zu einer neuen Bewertung der Atomenergie.

Dass die sowjetische Kernkraft-Nutzung nicht die sicherste war, wussten die Fachleute im Westen, doch das Ausmaß des Störfalls hat auch sie überrascht. Nicht der von ihnen einkalkulierte »größte anzunehmende Unfall« (GAU) war das Schlimmste, was passieren konnte, sondern der Super-GAU mit Kernschmelze und einer Freisetzung gewaltiger Mengen Radioaktivität, die noch 2 000 Kilometer entfernt Schaden anrichtete.

In Deutschland war Tschernobyl Anlass für eine sicherheitstechnische Nachrüstung der heimischen Reaktoren – und für den Ausstiegsbeschluss. An dem wird jetzt wieder gerüttelt,

und die Katastrophe von 1986 liefert beiden Seiten Argumente. Die Befürworter des Ausstiegs verweisen auf Studien, wonach es Zehntausende von Toten gab – und ein solch schwerer Unfall sich auch in Deutschland ereignen könne. Die Gegner berufen sich auf Untersuchungen, die zu dem Ergebnis kommen, es seien zwar Tote zu beklagen, die schlimmsten gesundheitlichen Auswirkungen seien aber eigentlich psychische Folgen gewesen bis hin zur Hysterie, die Stress, Depressionen, Angst und medizinisch nicht erklärbare Krankheitssymptome mit sich brachten. Also sei der Störfall gar nichts so Besonderes gewesen.

Auch die Atomkraft-Befürworter bestreiten nicht, dass ein Super-GAU in Deutschland nicht auszuschließen ist. Doch sie setzen ihn mit anderen zivilisatorischen »Restrisiken« gleich und halten deshalb die Kernenergie für verantwortbar.

Wer so argumentiert, muss schon gute Gründe anführen können. Da wäre die Versorgungssicherheit. Atomstrom steht rund um die Uhr schwankungsfrei zur Verfügung. Aber die großen Reaktorblöcke liefern nur Strom, der über weite Strecken verlustreich transportiert werden muss, und keine nutzbare Wärme – sie gehen mit der eingesetzten Primärenergie (Uran) sehr verschwenderisch um.

Und der Klimaschutz? Die laufenden Atomkraftwerke produzieren zwar kein CO<sub>2</sub>, doch andere Umweltprobleme wie die ungelöste Entsorgung. Und man muss in der Klimabilanz den Energieeinsatz für die Wärmeerzeugung hinzurechnen, der bei einer Kraft-Wärme-Kopplung nicht notwendig wäre. Es ist auch immer wieder zu hören, die deutschen Kernkraftwerke seien wegen geringer Brennstoffkosten und hoher Ausbeute wahre Gelddruckmaschinen. Davon profitieren aber nicht die Verbraucher, sondern nur die Stromkonzerne. Sie konnten ihre Anlagen mit hohen Subventionen bauen und dürfen heute noch steuerfrei Rückstellungen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro auf die



hohe Kante legen. Zudem erlässt der Staat ihnen weitestgehend die notwendigen Versicherungsprämien für Störfälle.

Bis 2021 müssen laut Ausstiegskonsens alle 17 deutschen Atomkraftwerke abgeschaltet werden – Zeit genug, um erneuerbare Energien ausreichend auszubauen. Denn die Reaktorleistung muss ja nicht hundertprozentig ersetzt werden: Im sogenannten Energiemix sollen neben Kohle, Gas und erneuerbaren Quellen auch Sparen und effizienterer Energieeinsatz ein wichtiger Faktor werden, der mit bis zu 30 Prozent zu Buche schlagen könnte.

**30.09.2009**

## **Ein unmoralisches Angebot**

*Laufzeitverlängerung: Atomlobby lockt mit Geld*

Die Atomlobby wittert Morgenluft. Wenn schon Union und FDP vor der Wahl angekündigt hatten, den Atom-Ausstieg zu kassieren, dann wollen die Stromversorger das auch ausnützen. Also sollen selbst unzuverlässige Reaktoren am Netz bleiben, wie etwa Biblis, das ohnehin nur durch Pannen und – tatsächlich nötige oder zwecks Zeitgewinn eingeschobene – Revisionsarbeiten über die Legislaturperiode hinweg bis zum erhofften Regierungswechsel gerettet werden konnte.

Die Betreiber wollen sich für die Laufzeitverlängerungen erkenntlich zeigen: »Ein dicker zweistelliger Prozentsatz« von den zu erwartenden Zusatzprofiten soll abgegeben werden, sagt RWE-Chef Großmann. Etwa 40 Prozent fallen als Steuern oder Abgaben an den Staat, das macht bei geschätzten jährlichen Extra-Gewinnen von bis zu zehn Milliarden Euro für den krisengeschüttelten Haushalt eine erkleckliche und ziemlich sichere Einnahme. Da könnte jeder Finanzminister schwach wer-

den – der einer schwarz-gelben Koalition ist es vermutlich von Anfang an. Mit diesem unmoralischen Angebot lassen sich so manche sicherheitstechnische, ökonomische und ökologische Bedenken wegwischen.

Dann soll auch noch etwas zur Förderung der erneuerbaren Energien übrig bleiben – so etwa zehn Prozent genügen, wenn es nach bisherigen Vorstellungen der Stromkonzerne geht. Denn Sonne, Wind, Erdwärme und Biomasse sind eine zunehmende Konkurrenz für den Atomstrom, sie sollten nicht allzu groß werden. Dabei hatten Union und FDP auch versprochen, die erneuerbaren Energien zügig auszubauen und Atom nur noch als Brückentechnologie zu verwenden. Jetzt könnte die Kernkraft die Erneuerbaren bremsen.

Der große Rest des Profits geht an die Stromkonzerne. Die hatten dem Atomkonsens nur zugestimmt, weil ihnen unter anderem zugesichert wurde, sie könnten die milliardenschweren Entsorgungs-Rücklagen auch als »Kriegskasse« für andere Investitionen verwenden und müssten die Haftungsvorsorge für schwere Reaktor-Unfälle nur zu einem geringen Teil tragen. Diese Vergünstigungen haben sie gerne mitgenommen – und werden sie kaum wieder hergeben, wenn jetzt der Ausstiegskonsens gekippt wird.